

## 15. Wahlperiode

### Kleine Anfrage

#### der Abgeordneten Claudia Hämmerling (Bündnis 90/Die Grünen)

vom 17. August 2006 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 18. August 2006) und **Antwort**

#### Vorhersehbare aber nicht eingeplante Steigerung der Abrisskosten beim Palastabbriss

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Kleine Anfrage wie folgt:

1. Wie hoch waren die vereinbarten Abrisskosten für den Rohbau des ehemaligen Palastes der Republik?

Antwort zu 1.: In der Kosten- und Finanzierungsübersicht der Entwicklungsmaßnahme „Hauptstadt Berlin – Parlaments- und Regierungsviertel“ sind für den Rückbau des Palastes der Republik Gesamtkosten von 20 Mio. € eingestellt. Die bisher beauftragten Leistungen für die Rückbaumaßnahme liegen bei ca. 11,5 Mio. €. Darin enthalten sind neben den Kosten für die Bauleistung selbst, die Kosten für Planungs- und baubegleitende Ingenieurleistungen, für Öffentlichkeitsarbeit, für die technische Zwischenbegrünung als auch für den Schiffsanleger.

2. Um welche Summe werden sich diese Kosten voraussichtlich aufgrund der neuen Asbestfunde erhöhen?

Antwort zu 3.: Die veranschlagten Kosten für die Asbestsanierung des Palastes der Republik setzten sich wie folgt zusammen:

Haushaltsunterlage Bau (Teil A und B)	51,1 Mio. €
1. Nachtrag Teil B (2001)	22,2 Mio. €
2. Nachtrag Teil B (2002)	<u>7,0 Mio. €</u>
Gesamtkosten	80,3 Mio. €.

4. Wann sollte der Abriss abgeschlossen sein?

Antwort zu 4.: Nach der ursprünglichen Zeitplanung sollten die Abrissarbeiten im Frühjahr 2007 abgeschlossen sein.

Antwort zu 2.: Detaillierte Aussagen über die tatsächlich anfallenden Kosten können derzeit noch nicht getroffen werden, da bisher nicht absehbar ist, ob der Abbruch des gesamten Gebäudes nach der derzeitigen, äußerst zeit- und kostenaufwändigen Technologie erfolgen muss. Unter der Annahme, dass die weitere Demontage der Decken- und Dachelemente in allen Bauteilen vollständig nach dieser aufwändigen Rückbautechnologie durchzuführen ist, würden sich die Mehrkosten für die Asbestbeseitigung auf maximal 9,9 Mio. € belaufen. Diese Summe würde nur erreicht werden, wenn in keinem Bereich der Rückbau nach der ursprünglich vorgesehenen Technologie weitergeführt werden kann. Proportional zu den tatsächlich entstehenden Baukosten können noch Kosten für die Verlängerung der Ingenieur- und sonstigen Leistungen wie z. B. Wachschatz oder die Gebühren für die Nutzung der Wasserstraße hinzukommen.

3. Wie hoch waren seinerzeit die veranschlagten Kosten für die Asbestsanierung des Palastes und um welche Summe haben sie sich erhöht?

5. Welche Zeitverzögerung ergibt sich durch die Asbestfunde?

Antwort zu 5.: Der bisher eingetretene Zeitverzug beträgt etwa 3 Monate. Er resultiert im Wesentlichen aus der Erprobungsphase zur Findung der geeigneten Rück-

bautechnologie für die Beseitigung der verunreinigten Deckenelemente. In Abhängigkeit von weiteren Asbestfunden und der notwendigen Rückbautechnologie wird sich eine Gesamtrückbauzeit ergeben, die derzeit seriös noch nicht bezifferbar ist.

6. Welche finanzielle Vorsorge hat der Senat für die vorhersehbare Kostensteigerung ergriffen?

Antwort zu 6.: Zwischen der Bundesregierung und dem Senat wurde vertraglich geregelt, dass die Kosten für die Beseitigung der Restasbestbelastung aufgrund der Zuständigkeit der Bundesregierung für die Asbestsaniierung des Palastes der Republik ebenfalls von dieser zu tragen sind.

7. Wie soll das geplante Humboldtforum finanziert werden?

Antwort zu 7.: Bisher besteht die Absicht des Fördervereins Berliner Schloss e. V., durch Spenden 80 Mio. € für die Errichtung der historischen Fassaden aufzubringen. Weitere Überlegungen zur Finanzierung des Humboldt-Forums sind noch nicht abgeschlossen.

Berlin, den 25. September 2006

In Vertretung

D r . S t i m m a n n

.....  
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung

(Eingang beim Abgeordnetenhaus am 06. Oktober 2006)